

# **„Wie man sich die Welt erschließt“**

## **Situations- und Ressourcenanalyse Für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Nürnberg im Rahmen des Bundesprogramms**

### **„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“**

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms  
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



**Menschenrechtsbüro  
Human Rights Office**



Einleitung.....	3
Die Interviews.....	3
Informationen zur sozioökonomischen und politischen Struktur.....	4
Nürnberg gesamt.....	4
Die Stadtteile Galgenhof/Steinbühl.....	8
Die Stadtteile St. Leonhard/Schweinau.....	9
„Wann fängt so etwas an?“ .....	11
1. Rechtsextremismus.....	11
1.1. Ergebnisse.....	11
1.2. Zusammenfassung.....	13
„Wichtig, immer wieder neu über das Thema nachzudenken“ .....	14
2. Diskriminierungspotenziale.....	14
2.1 Ethnische Diskriminierung.....	14
2.1.1 Ämter und Behörden.....	15
2.1.2 Alltagsrassismus.....	16
2.1.3 Sprache als Mittel und Hemmnis der Integration.....	19
2.1.4 Ethnische Segregations- und Hierarchisierungstendenzen.....	22
2.2 Soziale und ökonomische Diskriminierung.....	22
2.3 Geschlechtsspezifische Diskriminierung - Ausblick.....	25
2.4 Potenziale in den Stadtteilen und den Einrichtungen.....	27
2.5. Zusammenfassung.....	29
„Das größte Problem ist es, die Information an die Zielgruppe zu bringen.“ .....	31
3. Einrichtungen und Hilfsangebote in der Stadt Nürnberg.....	31
3.1 Beratungs- und Hilfeangebote:.....	31
3.2 Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit.....	32
3.3 Vernetzung.....	33
3.4 Zusammenfassung.....	35
„Was die Medien sagen, ist nicht hundertprozentig wahr.“ .....	36
4. Die Medien.....	36
4.1. Ergebnisse.....	36
4.2. Zusammenfassung.....	38
Anhang.....	39
Liste der von den InterviewpartnerInnen genannten Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit in Nürnberg.....	39

## **Einleitung**

### **Die Interviews**

Im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beteiligt sich Nürnberg am Programmpunkt „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne“. Im Rahmen dieses Programms wurde die folgende Situations- und Ressourcenanalyse durchgeführt.

Ziel der Analyse ist es, fundierte Einschätzungen zu den Themen Diskriminierung, Rechtsextremismus und Menschenrechte zu erhalten. Zudem galt es zu eruieren, welche Ressourcen bereits vorhanden sind bzw. welche Defizite bestehen. Auf der Grundlage der Ergebnisse wurden die Handlungsempfehlungen für die Ausrichtung der zukünftigen Projekte des Lokalen Aktionsplanes formuliert.

Durchgeführt wurde die Situations- und Ressourcenanalyse von MP\*Plus GmbH, Büro Nürnberg.

Die Untersuchung wurde exemplarisch in zwei Stadtgebieten durchgeführt: in Galgenhof/Steinbühl und St. Leonhard/Schweinau. Die Auswahl dieser Stadtteile erfolgte aus pragmatischen Gründen, da hier die meisten Netzwerkkontakte bestanden und somit am schnellsten ExpertInnen für die zu führenden Interviews zu akquirieren waren.

In den beiden Stadtteilen wurden leitfadengestützte qualitative Interviews mit insgesamt 40 ExpertInnen durchgeführt. Die Auswahl der ExpertInnen deckt ein breites Spektrum ab, indem MultiplikatorInnen der verschiedenen Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, SeniorInnen, SportlerInnen, MigrantInnen, BewohnerInnen des Stadtteils, MieterInnen, politisch Interessierte, Behinderte, Flüchtlinge etc.) angesprochen wurden. Auf der Ebene der Organisationen reicht das Spektrum von Sportvereinen, Wohlfahrtseinrichtungen, Parteien, Kirchen, Schulen, Jugendeinrichtungen bis hin zu Bürgertreffs.

Die Befragungen erfolgten durch persönliche Interviews, die nach Kontaktaufnahme und Terminabsprache durchgeführt wurden. Die Interviews umfassten 12 Fragestellungen und eine Dauer zwischen 30 und 60 Minuten. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt anonymisiert, auch hinsichtlich des Geschlechtes, weswegen immer die Innen-Form verwendet wird.

Der Interviewleitfaden für die exemplarische Situations- und Ressourcenanalyse beinhaltet als Fragekategorien die Abfrage von Angaben, offene Fragen und Fragen mit Ratingskalen.

Im Rahmen der Interviews wurden Informationen und Einschätzungen zu folgenden Fragekomplexen erhoben:

- Angsträume im Stadtteil („öffentliche Räume, in denen Rechtsextreme das soziale Klima dominieren und die von potentiellen Opfern gemieden werden“) und Treffpunkte („informelle und institutionelle Treffpunkte“). Sowie die Existenz anderer „politisch extremistischer Strömungen“ im Stadtteil.
- Diskriminierungspotentiale/Bedrohungsszenarien im Stadtteil, Art (ethnisch, geschlechtsspezifisch, in Bezug auf körperliche und geistige Beeinträchtigung, altersbedingt, die soziale Schicht betreffend) und Kontext. Gefragt wurde hier nach der Einschätzung der befragten ExpertInnen und der Einschätzung der Zielgruppe
- Einschätzung der Defizite und Potentiale der Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierungsarbeit in der eigenen Einrichtung/im Stadtteil
- Einschätzung zur Medienberichterstattung zum Thema Diskriminierung
- Wissen über die Repräsentanz von Rechtsextremen in den politischen Gremien der Stadt Nürnberg
- Wissen über Einrichtungen und Institutionen der Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt Nürnberg. Hier auch Wissen der Zielgruppe
- Wissen über Ansätze der Antidiskriminierungsarbeit und der Menschenrechtsarbeit
- Wissen über Hilfsangebote bei Diskriminierung. Hier auch Wissen der Zielgruppe
- Aktivitäten der Einrichtungen in den Bereichen Menschenrechtsbildung und Diskriminierung, konkrete Aktivitäten, Zielgruppen
- Interesse der befragten Einrichtung an Netzwerken zu den Themen Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierungsarbeit
- Nutzung der Medienberichterstattung

## **Informationen zur sozioökonomischen und politischen Struktur**

### **Nürnberg gesamt**

Nürnberg ist eine mittlere Großstadt mit gut einer halben Million EinwohnerInnen und bildet gemeinsam mit Fürth, Schwabach, Erlangen und den angrenzenden Landkreisen die Metropolregion Nürnberg. Die Metropolregion gehört zu den zehn größten Wirtschaftszentren Deutschlands und gilt als Motor im Bereich der sozialen und kulturellen Entwicklungen. Gleichzeitig gehört Nürnberg hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Lage zu den Brennpunkten in Bayern und ist als Standort traditioneller Industriezweige vom Strukturwandel betroffen.

Mit einer Arbeitslosenquote von rund 8,5% liegt Nürnberg deutlich über dem bayerischen und bundesweiten Durchschnitt.<sup>1</sup> Rund ein Fünftel der Nürnberger Bevölkerung lebt in Armut oder ist von Armut bedroht.

Besonders auffällig ist die hohe Betroffenheit von MigrantInnen durch Arbeitslosigkeit, Armut und schlechtere Bildungschancen.

Insgesamt haben rund 39% der Nürnberger Bevölkerung einen Migrationshintergrund, sind also ausländische Staatsangehörige oder haben die deutsche Staatsangehörigkeit, aber mindestens einen aus dem Ausland zugewanderten Elternteil. Am Beispiel der Schulbildung als Voraussetzung für beruflichen Erfolg und gesamtgesellschaftliche Teilhabe bildet sich die Benachteiligung von MigrantInnen deutlich ab. Blickt man auf die Verteilung auf Haupt-, Realschulen und Gymnasien und das Verhältnis von SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund in Nürnberg, so zeigt sich, dass der Anteil von rund 60% von SchülerInnen mit Migrationshintergrund an den Hauptschulen deutlich überwiegt und sie mit 20% an den Gymnasien unterrepräsentiert sind.<sup>2</sup>

Im Jahr 2010 lebten in Nürnberg rund 17% Ausländer aus 158 Ländern, dabei stellen EinwanderInnen aus der Türkei die größte Gruppe.<sup>3</sup> Einen sehr kleinen Teil der Gruppe der Ausländer (1,2%) machen die ca. 1.000 Flüchtlinge aus, die als AsylbewerberInnen oder Ausreisepflichtige in Nürnberg leben. Im Jahr 2011 lebten in Nürnberg in zehn Gemeinschaftsunterkünften insgesamt 769 AsylbewerberInnen.<sup>4</sup>

Trotz des kommunalen Leitbildes „Integration und Menschenrechte“ sind in Nürnberg soziale und stadträumliche Segregationstendenzen deutlich erkennbar. Das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg als Anlaufstelle für Menschen, die Diskriminierung erlitten haben, registriert zunehmende Ausgrenzung von Menschen anderer Ethnien, aber auch von Landzeitarbeitslosen und Menschen ohne festen Wohnsitz. Der Diskriminierungs-Beauftragte der Stadt Nürnberg berichtet von einer gehäuften Anzahl von Fällen von rassistischer Diskriminierung von Flüchtlingen, denen der Zugang zu Diskotheken verweigert wird.

## **Rechtsextremismus**

Der Nürnberger Stadtrat setzt sich seit der Kommunalwahl im Jahr 2008 aus 70 StadträtInnen von neun Parteien zusammen, die SPD stellt als stärkste Fraktion den Oberbürgermeister. Als Partei aus dem rechtsextremen Spektrum ist die NPD-nahe Bürgerinitiative Ausländerstopp mit zwei Stadträten vertreten.

Betrachtet man rechtsextreme Tendenzen in Bezug auf die Wahlergebnisse, so ergibt sich für Nürnberg insgesamt mit einem Stimmenanteil für die BI Ausländerstopp von 3,3% noch keine besonders auffällige Situation. Die Republikaner, die seit 2008 vom Verfassungsschutz allerdings nicht mehr als rechtsextrem eingestuft werden, erhielten stadtweit 1% der Stimmen und sind nicht

<sup>1</sup> Im Jahr 2010 betrug die Arbeitslosenquote bundesweit 7,7%, in Bayern 4,5%, in der Bundeshauptstadt Berlin lag sie allerdings bei über 13%, aus: Nürnberg in Zahlen, Stadt Nürnberg/Amt für Stadtforschung und Statistik, Nürnberg 2011.

<sup>2</sup> Skojo, Andja: Ungleiche Bildungschancen für Kinder von Zuwanderern, in: Nürnberg interkulturell. Zeitung des Integrationsrates, Nürnberg 2011.

<sup>3</sup> Nürnberg in Zahlen, Stadt Nürnberg/Amt für Stadtforschung und Statistik, Nürnberg 2011.

<sup>4</sup> Stand vom August 2011, Stadt Nürnberg/Amt für Existenzsicherung und soziale Integration.

im Stadtrat vertreten. Allerdings ist die Zustimmung für die rechtsextreme BI Ausländerstopp im Stadtgebiet sehr unterschiedlich verteilt. In einzelnen Wahlbezirken, wie der Dianastraße und der Werderau konnte die BI Ausländerstopp rund 10% erzielen.<sup>5</sup>

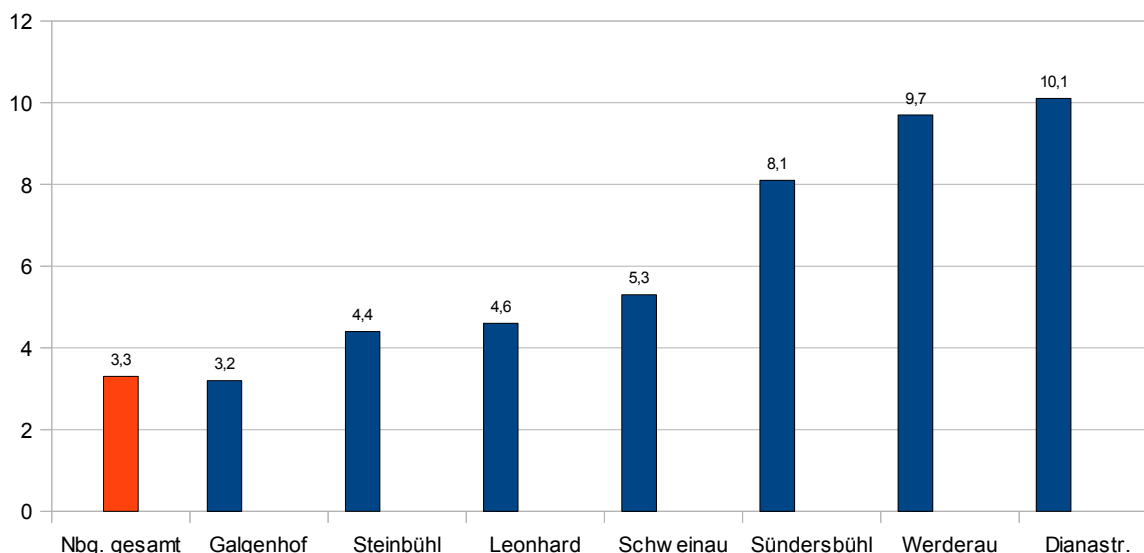


Abbildung 1: Ergebnisse der BI Ausländerstopp bei den Kommunalwahlen 2008 in Prozent

Der Bayerische Verfassungsschutz beschreibt die „Agitation gegen Migranten“ als „beherrschendes Element der Stadtratstätigkeit der BIA-Nürnberg.“<sup>6</sup> Ein Beispiel dafür war im Jahr 2010 die rassistische Agitation gegen die Einrichtung eines „Interkulturellen Gartens“ in Nürnberg-Langwasser, einem ökologischen Projekt, das sich für ein solidarisches Miteinander von Deutschen und MigrantInnen einsetzt.

Die rechtsextreme BI Ausländerstopp ist personell direkt mit der NPD verbunden. Ralf Ollert, der bereits seit 2002 für die BI Ausländerstopp im Nürnberger Stadtrat sitzt, ist langjähriger NPD-Funktionär und Landesvorsitzender der NPD in Bayern. Der zweite Vertreter der BI Ausländerstopp im Nürnberger Stadtrat, Sebastian Schmaus, ist ein ehemaliger Anhänger der neonazistischen Fränkischen Aktionsfront F.A.F., die 2004 verboten wurde.

Hinsichtlich der Einschätzung der Problematik des Rechtsextremismus in Nürnberg sind auch die polizeilich erfassten rechtsextremistisch motivierten Delikte sowie die Informationen des Verfassungsschutzes von Interesse.

Der Sicherheitsbericht der Stadt Nürnberg verzeichnet für 2010 insgesamt 89 rechtsmotivierte Straftaten (2009: 105). Der Großteil entfällt auf Propagandadelikte (78,7%). In vier Fällen handelte es sich um Gewaltangriffe gegen Personen (dreimal Körperverletzung und ein versuchtes Tötungsdelikt), der Staatsschutz wertete keines

<sup>5</sup> Stadtratswahl am 02. März 2008 in Nürnberg. Ergebnis in den Bezirken, Stadt Nürnberg/Amt für Stadtforschung und Statistik, Nürnberg 2008.

<sup>6</sup> Verfassungsschutzbericht Bayern 2010, Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hg.), München 2011, S.139.

davon als Delikt mit fremdenfeindlichem Hintergrund.<sup>7</sup> Für Nürnberg geht der Staatsschutz infolge der Inhaftierung zweier bekannter Rechtsextremisten von einer „Lähmung der Szene“ im Jahr 2010 aus.

Insgesamt geben die Wahlergebnisse und die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Delikte keinen Anlass zur Entwarnung, weisen jedoch auch nicht auf eine alarmierende Situation in Nürnberg hin. Wahlergebnisse, Verfassungsschutz- und Sicherheitsbericht können jedoch auch noch kein umfassendes Bild aller relevanten rechtsextremen Aktivitäten und Tendenzen liefern.

Zudem zeigen aktuelle Studien deutlich, dass Rechtsextremismus keineswegs ein Phänomen von politischen Randgruppen ist, sondern sich vielmehr in der „Mitte der Gesellschaft“ findet.<sup>8</sup> Die Untersuchung „Die Mitte in der Krise“ kommt zu dem Ergebnis: „Wir müssen in 2010 einen Anstieg von dezidiert antidemokratischen und rassistischen Einstellungen feststellen und beobachten zudem eine leichte Zunahme der sozialdarwinistischen Ungleichwertigkeitsvorstellung.“<sup>9</sup> Rund ein Viertel der Deutschen hat rassistische Einstellungen, sogar 36% sind der Ansicht, dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ ist. Die Studie „Die Abwertung der Anderen“ fand heraus, dass Vorurteile einer Gruppe gegenüber häufig mit Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen einhergehen.<sup>10</sup> Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie, die unter Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gefasst werden, hängen eng zusammen. Neben Einstellungen wurden in dieser Studie auch Verhaltensdimensionen untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass abwertende Einstellungen auch handfeste Folgen haben und mit einer höheren Diskriminierungsbereitschaft verbunden sind.<sup>11</sup>

## **Die Stadtteile Galgenhof/Steinbühl**

Galgenhof/Steinbühl liegen im Bereich des Innenstadtgürtels im Süden von Nürnberg und gehören zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Stadt. Der wirtschaftliche Strukturwandel hatte und hat in den beiden Stadtteilen in der Südstadt mit ihren ehemals bedeutenden Industriebetrieben deutlich problematische Folgen für die sozioökonomische Situation der Bevölkerung.

Galgenhof/Steinbühl weisen die typischen Kennzeichen von Problemquartieren auf und gelten als Stadtteile mit schlechtem Image. Im Jahr 1996 wurden die Gebiete zum Stadterneuerungsgebiet und wurden 1999 in das Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ aufgenommen.

Die beiden Stadtteile haben im Vergleich zum restlichen Nürnberg überdurchschnittlich hohe Anteile an EinwohnerInnen im erwerbsfähigen Alter (rund

<sup>7</sup> Sicherheitsbericht der Stadt Nürnberg 2010, Polizeipräsidium Mittelfranken (Hg.), Nürnberg 2011.

<sup>8</sup> Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Berlin 2006.

<sup>9</sup> Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland 2010, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2010, S.139.

<sup>10</sup> Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövmann, Andreas: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Berlin 2011.

<sup>11</sup> Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövmann, Andreas: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Berlin 2011, S.142.

75%) und an 1-Personen-Haushalten (59%, Nürnberg gesamt: 47%).<sup>12</sup> Die BewohnerInnen Galgenhof/Steinbühls gehören mehr als 85 Nationalitäten an, insgesamt haben 33% keine deutsche Staatsangehörigkeit.<sup>13</sup> Die größte Gruppe nach den Deutschen stellen im Stadtteil Einwanderer aus der Türkei, gefolgt von Italien und dem ehemaligen Jugoslawien.

In Galgenhof/Steinbühl ist die Arbeitslosigkeit mit 11% besonders hoch und das durchschnittliche Einkommen besonders niedrig. Besonders problematisch ist die sozioökonomische Situation der Einwanderer im Stadtteil. Rund 45% der Arbeitslosen sind BürgerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.<sup>14</sup> Von den EmpfängerInnen von Sozialhilfe sind über 55% Nicht-Deutsche, das Einkommen ausländischer Haushalte ist deutlich geringer als das der deutschen.<sup>15</sup> Insgesamt sind die Bildungsabschlüsse und damit die Berufschancen der BewohnerInnen der beiden Stadtteile deutlich ungünstiger als im gesamtstädtischen Durchschnitt. Der Anteil der GymnasiastInnen ist in Galgenhof/Steinbühl um 10% niedriger als im übrigen Nürnberg. Insbesondere unter der ausländischen Bevölkerung ist der Anteil von Jugendlichen mit keiner oder schlechter Ausbildung hoch.

### **Die Stadtteile St. Leonhard/Schweinau**

St. Leonhard/Schweinau im Südwesten Nürnbergs sind als innenstadtnahe Randgebiete mit hoher Bevölkerungsdichte zu klassifizieren. Das Erscheinungsbild ist von Industriebauwerken, Gewerbegebieten und Altbauten geprägt. Große Straßen und Bahntrassen schneiden die beiden Stadtteile von der übrigen Stadt regelrecht ab.

Aufgrund der erheblichen Defizite wurden St. Leonhard/Schweinau in das Programm zur Stadterneuerung „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ aufgenommen.

Die angespannte wirtschaftliche und soziale Lage in den Gebieten zeigt sich am im Vergleich zur Gesamtstadt überdurchschnittlich hohen Anteil an Arbeitslosen und Arbeitslosengeld 2 EmpfängerInnen und Haushalten mit geringem Einkommen. Haushalten in St. Leonhard/Schweinau stehen im Schnitt pro Monat 365 EUR weniger zur Verfügung als in der übrigen Stadt. Besonders prekär ist die Situation von Alleinerziehenden. Die beiden Stadtteile weisen im Vergleich zum übrigen Nürnberg einen besonders hohen Anteil an Haushalten von alleinerziehenden Frauen mit Kindern auf. In den beiden Stadtteilen liegt die Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2010, wie bereits in den Jahren zuvor, bei über 11% (Gesamtstadt 8,5%).<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> Stadterneuerung Galgenhof/Steinbühl. Ergänzung der Vorbereitenden Untersuchungen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ mit Handlungsempfehlungen, Stadt Nürnberg, Stadtplanungsamt, Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Hg.), Nürnberg 2001.

<sup>13</sup> Innerstadtgebietliche Strukturdaten Nürnberg 2010, Stadt Nürnberg/Amt für Stadtforschung und Statistik (Hg.), Nürnberg 2011.

<sup>14</sup> a.a.O.

<sup>15</sup> Stadterneuerung Galgenhof/Steinbühl. Ergänzung der Vorbereitenden Untersuchungen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ mit Handlungsempfehlungen, Stadt Nürnberg, Stadtplanungsamt, Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Hg.), Nürnberg 2001.

<sup>16</sup> Innerstadtgebietliche Strukturdaten Nürnberg 2010, Stadt Nürnberg/Amt für Stadtforschung und Statistik (Hg.), Nürnberg 2011.



Überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, sie machen mit 49% fast die Hälfte der Menschen ohne Erwerbsarbeit aus.<sup>17</sup> Insgesamt haben in St. Leonhard/Schweinau rund 36% der EinwohnerInnen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Damit ist der Ausländeranteil in diesen Stadtteilen fast doppelt so hoch wie im übrigen Nürnberg. Die größte Gruppe stellen Einwanderer aus der Türkei, gefolgt von Griechenland und Osteuropa/GUS. Bereits seit den 1980er Jahren gehören St. Leonhard/Schweinau zu den Gebieten Nürnbergs, in denen der Ausländeranteil aufgrund von Zuwanderung und Zuzug ansteigt und damit auch die Konzentration von Armut und sozialer Benachteiligung zunimmt.

---

<sup>17</sup> Vorbereitende Untersuchungen für das Gebiet St. Leonhard/Schweinau, Stadt Nürnberg, Wirtschaftsreferat - Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Hg.), Nürnberg 2008.

„Wann fängt so etwas an?“

## 1. Rechtsextremismus

### 1.1. Ergebnisse

Organisierte Rechtsextreme und/oder Neonazis besetzen zurzeit keine öffentlichen Räume in den beiden Stadtteilen Galgenhof/Steinbühl und Leonhard/Schweinau. Präsent im Stadtbild sind rechtsextreme Parteien im Wahlkampf durch massive Wahlwerbung in Form von Plakaten und Flyern. Sie stellen aktuell keine offene Bedrohung im Straßenbild dar, das Thema Rechtsextremismus wirkt sich aber negativ auf das subjektive Sicherheitsgefühl von BewohnerInnen mit Migrationshintergrund aus. Treffpunkte von Rechtsextremen im Stadtteil waren den befragten ExpertInnen nicht bekannt.

Was die Ressourcen angeht, sind beide Stadtteile positiv aufgestellt. Zwar spiegelt sich die oben beschriebene Situation auch in der Arbeit der Einrichtungen zum Thema Rechtsextremismus wider, d.h. für viele der Einrichtungen bedeutet das Thema „nur“ Intervention bei Bedarf, aber es lässt sich trotzdem ein hohes Bewusstsein erkennen. Es sind vor allem die Einrichtungen, die sich aufgrund der Zielgruppe, z.B. Arbeit mit Flüchtlingen, Menschen mit Migrationshintergrund, mit dem Thema beschäftigen. Bei anderen Einrichtungen manifestiert sich das Thema Rechtsextremismus als Teilthema der übergeordneten Zielsetzung im Sinne von Demokratieerziehung, Persönlichkeitsstärkung, Toleranzförderung.

Viele InterviewpartnerInnen stellten einen Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und dem Komplex Fremdenfeindlichkeit her. Die Frage nach Rechtsextremismus im Stadtteil wurde verneint, aber mit Aussagen, die so etwas wie fremdenfeindliche (Einzel-)Meinungen, Stimmungen im Stadtteil widerspiegeln, relativiert:

*„Es werden Aussprüche getätigt wie: 'da sind ja nur noch ausländische Kinder in der Schule', 'es wird viel mehr gemacht für Ausländer usw.'“*

*„Ich glaube schon, dass es rechte Tendenzen gibt, im Sinne von: Ist mir einmal ein ausländischer Jugendlicher wegen schlechter Manieren aufgefallen, dann wird nur noch das gesehen.“*

Nimmt man die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2008 hinzu, sollte auf keinen Fall Entwarnung gegeben werden.

In manchen Wahlbezirken lagen die Stimmen für die BI Ausländerstopp bei der Kommunalwahl 2008 deutlich über dem Nürnberger Durchschnitt und auch in drei der vier Stadtteilen zumindest höher als im Gesamtstadtgebiet (s. Diagramm S. 6).

ExpertInnen äußerten außerdem die Vermutung, dass es in den Stadtteilen „Milieus gibt, in denen geworben wird“.

### **Handlungsempfehlungen:**

- Bewusstseinschärfen bei MultiplikatorInnen, dass Rechtsextremismus mehr ist als Fremdenfeindlichkeit (antidemokratische Grundhaltungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit usw.)
- Prävention und Aufklärung bei Jugendlichen ist weiter erforderlich
- Ausweitung und Aufrechterhaltung einer Argumentationskultur gegen rechte Meinungen

Projekte müssen da ansetzen, wo Jugendliche „empfänglich für rechte Einflüsse“ sind.

- Projekte, die die Persönlichkeit stärken, die die Teilhabe der Jugendlichen fördern, die positive Vorbilder und Perspektiven vermitteln, wirken präventiv gegen Rechtsextremismus.
- Projekte, die gegen antidemokratische Haltungen, patriarchale Vorbilder usw. arbeiten ebenso.

Als Good Practice Beispiel wurde von einigen InterviewpartnerInnen die Aktion Noteingang genannt, eine sehr niedrigschwellige Aktion, an der sich Einrichtungen unabhängig von Zielgruppe und Arbeit beteiligen können, und die sich gut als Aufhänger für Diskussionen und Auseinandersetzungen eignet. Außerdem ist sie in der Lage, die beteiligten Einrichtungen miteinander zu vernetzen.

Das subjektive Bedrohungsgefühl von Bevölkerungsgruppen muss ernst genommen werden. Interessant wäre hier eine Untersuchung, die dieses Thema aufgreift, näher untersucht und gemeinsam mit diesen Gruppen Strategien und Maßnahmen aufzeigt, die zu einem angstfreien Leben im Stadtteil beitragen.

## **1.2. Zusammenfassung**

- Rechte treten nicht im Straßenbild der untersuchten Stadtteile auf
- Es ist nichts über Treffpunkte von Rechtsextremen bekannt, aber es gibt Milieus, in denen geworben wird.
- Kommunalwahlergebnisse: Stadtteile liegen über dem Gesamtdurchschnitt der Wählerstimmen für die NPD-nahe BI Ausländerstopp
- Hohes Bewusstsein für Thema in den Einrichtungen erkennbar
- Rechtsextremismus eng an Fremdenfeindlichkeit geknüpft
- Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich bedroht

**> trotzdem keine Entwarnung**

### **Handlungsempfehlungen:**

- Bewusstsein schärfen, dass Rechtsextremismus mehr ist als Fremdenfeindlichkeit (antidemokratische Grundhaltungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit usw.)
- Prävention und Aufklärung bei Jugendlichen ist weiter erforderlich
- Ausweitung und Aufrechterhaltung einer Argumentationskultur gegen rechte Meinungen
- Projekte, die die Persönlichkeit stärken, die die Teilhabe der Jugendlichen fördern, die positive Vorbilder und Perspektiven vermitteln, wirken präventiv gegen Rechtsextremismus.
- Projekte, die gegen antidemokratische Haltungen, patriarchale Vorbilder usw. arbeiten ebenso.
- Projekte, die das subjektive Bedrohungsgefühl von Bevölkerungsgruppen zum Thema machen
- Als Good Practice Beispiel wurde die Aktion Noteingang genannt

*„Wichtig, immer wieder neu über das Thema nachzudenken“*

## **2. Diskriminierungspotenziale**

„Wesentliches Strukturmerkmal menschenrechtlichen Denkens“, so formuliert es die Stadt Nürnberg in ihren Zielen zum LAP, „ist der Schutz vor Diskriminierung.“ Allen BürgerInnen soll ein effektiver Schutz vor Diskriminierung durch Prävention und individuelle Beratung gewährleistet werden. Wichtiger Mechanismus in diesem Kontext ist die Etablierung einer Kultur in der Stadt, in der „die Menschenrechte verstanden, respektiert und verteidigt“ werden. Ist doch die Menschenrechtsbildung ein zentrales Instrument, das Menschen befähigt zu lernen, für ihre Rechte und für die Rechte anderer einzutreten und somit eine „diskriminierungsfreie Gesellschaft“ zu bilden.

Ein Nahziel in diesem Aktionsplan ist der Aufbau eines niederschweligen, flächendeckenden und wohnortnahen Netzes von Beratungs- und Unterstützungsangeboten unter Nutzung der bereits existierenden institutionellen Beratungsinfrastruktur. Ein weiteres Nahziel ist die Schaffung eines „gesamstädtischen differenzierten Angebots im schulischen und außerschulischen Bereich, letzteres für Mitarbeiter der Verwaltung und menschenrechtssensible Berufsgruppen.“

Um die Situation in den beiden ausgewählten Stadtteilen beschreiben zu können, wurden die InterviewpartnerInnen gebeten, existierendes Diskriminierungspotenzial in Form der Art der Diskriminierung und des Kontextes zu benennen, so wie es ihrer Meinung nach im Stadtteil zum Tragen kommt, aber auch wie es die Zielgruppe empfindet.

Die Herausforderung in diesem Teil der Auswertung bestand darin, die individuellen Antworten der Befragten zu generalisieren und zu systematisieren, um nicht einfach nur 40 Einzelmeinungen wiederzugeben, ohne dabei aber die Bandbreite der gemachten Aussagen zu nivellieren.

Wie es bereits im vorhergehenden Kapitel angeklungen ist, bestehen die „Hauptprobleme“ beider Stadtteile in der Diskriminierung und der sozialen Segregation, die vielfältige Erscheinungsformen haben. Dies wird das folgende Kapitel zeigen.

### **2.1 Ethnische Diskriminierung**

Wie erwartet, wird von den InterviewpartnerInnen die „ethnische Herkunft“ als Hauptursache räumlicher und sozialer Segregation in den Stadtteilen gesehen.

Sie wird am häufigsten genannt und erscheint auch in anderen Kontexten immer wieder als „doppelte Diskriminierung“ immer wieder auf.<sup>18</sup> Dabei reicht das Spektrum der Einschätzungen über die Qualität der Diskriminierung sehr weit. Die Aussage reichen von: „keine Migrantengruppe muss sich hier diskriminiert fühlen“ über die Zielgruppe fühlt sich „sanft wegen Sprachschwierigkeiten diskriminiert“ bis hin zu „im Laden wird man schnell übersehen, wenn man farbig ist“ oder „man ist unerwünscht, wird ausgegrenzt, ausgenutzt“.<sup>19</sup>

Lediglich zwei InterviewpartnerInnen (aus beiden Stadtteilen) zeichneten an dieser Stelle des Interviews ein positives Bild ihrer Stadtteile. Ihrer Einschätzung nach gäbe es kaum Diskriminierungspotenzial aufgrund der ethnischen Herkunft: Es herrsche eine „schöne Stimmung im Stadtteil“, man stoße schon immer mal auf Alltagsdiskriminierung, aber nicht „täglich“, so eine Äußerung.

Ethnische Diskriminierung findet in allen wichtigen Lebensbereichen (Wohnen, Schule, Beruf, Ausbildung, Freizeit, Behörden, auf der Straße, gesellschaftliche Partizipation) statt, bzw. hat dort ihre Auswirkungen.

### 2.1.1 Ämter und Behörden

Da sich die Stadt Nürnberg in ihren Zielen zum LAP verpflichtet hat, ein gesamtstädtisches, differenziertes Angebot für „MitarbeiterInnen der Verwaltung und menschenrechtssensible Berufsgruppen“ zur Menschenrechtsbildung zu etablieren, wurde dieser Bereich in der Auswertung schwerpunktmäßig behandelt. Es zeigen sich drei Problemlagen im Umgang von Menschen mit Zuwanderungshintergrund bei Ämtern und Behörden:

- Kritisiert wurde ein grundsätzliches Menschenbild, das hinter Verordnungen und Entscheidungen steht. Vorherrschend sei ein Menschenbild, das prinzipiell von einer Betrugsabsicht der Menschen mit Zuwanderungsbiographie ausgeht. Das gilt für vom Gesetzgeber auf Landes- oder Bundesebene festgelegte Verordnungen (etwa die Anerkennung von Flüchtlingen), aber auch für Einzelentscheidungen durch Sacharbeiter wie etwa bei der Kostenbefreiung für Integrationskurse.
- Auch das individuelle Verhalten von SachbearbeiterInnen im direkten Umgang mit MigrantInnen wurde kritisiert. Dazu zwei Aussagen aus den Interviews<sup>20</sup>:

*„Ich habe oft mit der ARGE oder mit Ämtern zu tun. Das ist immer so, wenn ich da anrufe, sprechen die ganz anders mit mir. Wenn ich mit zur ARGE gehe, sind die Sachbearbeiter ganz anders, als wenn ich nicht mitgehe.“*

<sup>18</sup> Im Bereich Diskriminierungspotenzial ließen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Stadtteilen erkennen. Sie werden deshalb zusammen betrachtet.

<sup>19</sup> Ob die befragten ExpertInnen Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund waren, unterlag dem „Zufall“, bzw. der Struktur der ausgewählten Einrichtung. Die Befragten wurden explizit nicht aufgefordert, sich zu ihrer Herkunft zu äußern. Die Auswertung und Erstellung der Analyse erfolgte durch zwei AutorInnen ohne Migrationshintergrund.

<sup>20</sup> Zitate aus den Interviews wurden an Stellen, an denen es im Sinne einer besseren Verständlichkeit nötig schien, sprachlich geglättet.

*„[Migranten] werden bei Ämtern oder städtischen Einrichtungen möglicherweise nicht so behandelt, wie es angemessen ist. [...] Es kann bei öffentlichen Stellen schon so sein, dass der Ton erst mal ein bisschen ein anderer ist und wenn die merken, aha, das ist jetzt jemand von der Einrichtung [am Telefon], dann schlägt es ein bisschen um.“*

- Die Betroffenen wissen oft nicht, wie sie bei unangemessener Behandlung reagieren sollen, welche Rechte sie haben, „ob sie überhaupt etwas unternehmen können. Da ist der Kenntnisstand eher gering, das wird dann hingenommen.“

### **Handlungsempfehlungen:**

- Sensibilisierung der MitarbeiterInnen von Ämtern und Behörden, mehr und besser ausgebildetes Personal
- Aufklärung der KundInnen über ihre Rechte
- Stärkung von Strukturen vor Ort als Anlaufstellen bei Diskriminierung, Ausbau des Angebotes (Mehrsprachigkeit, Schulung von MitarbeiterInnen) in diesem Bereich. Die Struktur vor Ort ist ein wichtiger Faktor, da hier die Hemmschwelle niedrig ist, wie ein Interviewpartner es formuliert: „Wir sind dann die Stelle, wo man sich traut, das mal auszusprechen.“

### **2.1.2 Alltagsrassismus**

Eine Häufung der Aussagen der InterviewpartnerInnen ließ sich im Bereich Alltagsrassismus, Einstellungen und Haltungen sowie die „Stimmung im Stadtteil“ erkennen. Hier werden natürlich nicht unbedingt Fakten berichtet, sondern eher Einschätzungen über „die Stimmung“ im Stadtteil, über verbreitete Einstellungen von BewohnerInnen wiedergegeben. Menschen mit Migrationshintergrund sind mit der sich „abschottenden Mehrheitsbevölkerung“, latenter Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung konfrontiert, die sich in allen Lebensbereichen zeigen.

Als Ursachen dafür nannten die ExpertInnen folgende Gründe:

- langjährige Veränderungen im Stadtteil
- Vorurteile und Schubladendenken
- Neid
- soziale Probleme

Die diskriminierende Gruppe schottet sich aufgrund ihrer Vorurteile ab, sie verweigert die räumliche Partizipation und betreibt räumliche Segregation wie es eine ExpertIn, selber BewohnerIn eines der beiden Stadtteile, beschreibt:

*„Dass in der einen oder anderen Wirtschaft der Gastwirt nicht froh wäre, wenn sich diese Gruppe als Gäste einfinden würde, weil er dann*

*Angst hat, dass die anderen wegbleiben und das wäre für mich schon der Beginn von Diskriminierung. Und das muss man halt durchstehen. Diskriminierung ist ja immer erst etwas am Anfang, wenn man das nicht durchsteht, dann gibt es halt echte Diskriminierung, aber wenn man es durchsteht, dann merkt man oft einmal, dass es trotzdem funktionieren kann. Das ist wie bei allen Dingen: die ersten Schritte sind immer die schwierigsten.“*

Betroffen von einem „einseitigen Meinungsbild gegen Ausländer im Stadtteil“ sind v.a. Menschen, deren Aussehen in das Fremdbild der Mehrheitsgesellschaft passt. „Es macht sich fest am anders aussehen“, sagt eine InterviewpartnerIn. Besonders gilt dies für Jugendliche, die oftmals häufiger und auffälliger im Straßenbild präsent sind, aber auch für Frauen mit Kindern:

*„Die Jugendlichen an sich spüren schon, dass sie bei bestimmten Strömungen und Parteien nicht willkommen sind, obwohl sie die 2. oder 3. Generation hier sind. Und dieses Stigma 'Woher kommst du?', das bekommen die natürlich immer mit.“*

*„Also v.a. Frauen, die Kopftuch tragen oder sogar den Tschador, die äußern das schon manchmal, dass sie sich nicht anerkannt fühlen, einfach aufgrund ihrer Kleidung.“*

Viele dieser Alltagsdiskriminierungen, „man wird im Laden übersehen, in der U-Bahn setzt sich niemand gerne daneben“ sind aufgrund der individuellen Dimension schwer anzugehen. Oft wurden diese bereits von den Betroffenen, hier gerade von Kindern und Jugendlichen, verinnerlicht. Das Gefühl des „Andersseins“ und des „anders Aussehens“ ist Teil des Selbstbildes geworden - „das ist halt so“. Selten wird „die Dimension wahrgenommen, die sich dahinter verbirgt“. Dieses Phänomen der Internalisierung tritt auch im Bereich der sozialen Diskriminierung auf.

Betroffen sind aber auch Kinder der Mehrheitsgesellschaft, die oft „zweigespalten“ sind, wie eine BetreuerIn anführt. Einerseits haben die Kinder türkische FreundInnen und KlassenkameradInnen, andererseits bekommen sie im Elternhaus oder an anderen Orten Vorurteile und Pauschalisierungen über Türken und andere migrantische Gruppen vermittelt. Dies gilt natürlich auch für Kinder anderer Herkunftsgruppen, die mit den Vorurteilen und Stereotypen wieder anderer Ethnien konfrontiert sind.

Diskriminierung im Alltag hat oft einen schleichenden, verharmlosenden Charakter. Sie kann durch Bekannte und Freunde geschehen. Durch die Alltäglichkeit und damit die Häufigkeit und durch Internalisierung kann sie großen Schaden anrichten. Sie versagt dem Diskriminierten die soziale Anerkennung und steht somit einer gesellschaftlichen Partizipation im Wege.



## Handlungsempfehlungen:

Die ExpertInnen schlagen in diesem Bereich mehr gemeinsame Aktivitäten vor, die das Gemeinschaftsgefühl stärken, Zusammenkünfte aller Gruppen unterschiedlichster Prägung, interkulturelle Begegnungen, Aufklärung.

Prinzipiell geht es hier um die Etablierung einer Anerkennungskultur, bzw. das Ergreifen geeigneter Maßnahmen, die ein Klima der Solidarität v.a. im Mikrokosmos Stadtteil weiter befördern. Auch wenn diese Empfehlung grundsätzlich nichts Neues darstellt, hat die Auswertung der Interviews gezeigt, dass der Bereich „Meinungsbilder“ von den ExpertInnen immer noch als ein zentrales Hindernis für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft gesehen wird.

*„Es ist schon noch so, dass bei der einheimischen Bevölkerung Vorurteile da sind. (...) Ob das mit einer Ausstellung, einem Tag der offenen Tür, einem Sommerfest ausgeräumt werden kann, ist die Frage. Da müssen sicher noch andere Dinge laufen als nur so punktuelle Geschichten. Was eher passieren könnte, man müsste die Massen zusammenbringen, es muss mehr an gemeinsamen Aktivitäten laufen.“*

Hier sind Ideen gefragt, die eine Kultur der Vielfalt im Alltagsleben der Bevölkerung etablieren, als Grundvoraussetzung für soziale Kohäsion.

Neben Aufklärung für die Mehrheitsbevölkerung und „gemeinsamen Aktivitäten“ könnten dies niedrigschwellige Projekte sein, die, wie schon im Kapitel Rechtsextremismus formuliert, gerade Kindern und Jugendlichen positive Perspektiven, Vorbilder und Möglichkeiten der Teilhabe vermitteln. Dies gilt sowohl für Betroffene, um hier der Internalisierung vorzubeugen, als aber auch für Akteure: Auch diskriminierende Kinder verstehen bei ihren meist „verbalen Angriffen“ nicht, was sich dahinter verbirgt, haben kein Bewusstsein für die „Dimension“ ihres Handelns, ist eine SozialarbeiterIn überzeugt.

Wie wichtig die Etablierung einer Kultur der Anerkennung ist, zeigen zwei Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Die Untersuchung „Die Mitte in der Krise“ kommt zu dem Ergebnis:

*„Wir müssen in 2010 einen Anstieg von dezidiert antidemokratischen und rassistischen Einstellungen feststellen und beobachten zudem eine leichte Zunahme der sozialdarwinistischen Ungleichwertigkeitsvorstellung.“*

Die Studie „Die Abwertung der Anderen“ untersuchte neben der Einstellung auch Verhaltensdimensionen. Die Ergebnisse zeigen, dass abwertende Einstellungen auch gravierende Folgen haben können und mit einer höheren Diskriminierungsbereitschaft verbunden sind.

Eine Gefahr, die eine InterviewpartnerIn so formulierte:

*„Wir müssen auf bestimmte Bereiche achten, damit wir nicht in „wirkliche Probleme“ reinschlittern.“*

### **2.1.3 Sprache als Mittel und Hemmnis der Integration**

Kein anderes Thema ist so eng mit dem Begriff Integration verbunden wie der Komplex Sprache und Spracherwerb.

Ohne Sprache sei, wie es eine InterviewpartnerIn formuliert, „keine Öffnung in die Mehrheitsgesellschaft möglich“. Gerade aber der Spracherwerb und die Sprachkompetenz von älteren MigrantInnen würden als nicht ausreichend empfunden, was teilweise an der Motivation läge, teilweise am nicht vorhandenen Angebot. Die älteren MigrantInnen, und hier vor allem Frauen, sind damit auf die Unterstützung ihrer Familie und die Infrastruktur der Gruppe angewiesen. Somit ist die gesellschaftliche Teilhabe nur partiell möglich.

Sprache sei eines der Hauptmerkmale, das zu Mobbing in der Schule führt, wie eine InterviewpartnerIn die Erfahrung ihrer Zielgruppe (russisch-sprachige ZuwandererInnen) beschreibt. Diese Diskriminierungserfahrung setzt sich für viele Jugendliche auch in der Freizeit fort.

Sprachförderung für alle Altersgruppen, besonders aber für Kinder, ist eine der Hauptforderungen, bzw. Hauptaufgaben, die die ExpertInnen im Zusammenhang mit ethnischer Diskriminierung und erfolgreicher Integration sehen.

Auch in der Praxis der Einrichtungen und in den formulierten Wünschen spiegelt sich die Bedeutung von Sprache wider: Das reicht von angebotenen Konversationskursen über Betreuung nach der Schule, um Sprachkenntnisse der Kinder zu verbessern, bis zu Vorkursen für Vorschulkinder oder muttersprachliche Beratung.

Der Komplex Sprache ist wie kein anderes Thema geeignet, das Thema Integration kritisch zu reflektieren: Soziale Anerkennung und soziale Gerechtigkeit als Grundlage für soziale Kohäsion verlangt ein Integrationsverständnis, das nicht nur Defizite bei den Zugewanderten ausgleicht, sondern deren Ressourcen anerkennt und sie wertschätzt. Diana Liberova, die Vorsitzende des Nürnberger Integrationsrates, schreibt in einem Beitrag in der Zeitung des Integrationsrates:

*„Ich glaube, dass unsere Gesellschaft Strukturen braucht, die es den Menschen erlauben, sich aufgenommen zu fühlen. Dabei geht es zunächst überhaupt nicht um das Beherrschen der deutschen Sprache. Auch wer die Sprache beherrscht, kann unter Umständen nicht davon profitieren.“<sup>21</sup>*

Eine Erfahrung, die auch ExpertInnen aus den Stadtteilen von ihrer Klientel hören:

*„Da wird sich beklagt, dass man deutsch lernen soll, aber niemand spricht mit einem. Die Deutschen sagen, sie wollen nichts mit uns zu tun haben.“*

---

<sup>21</sup> Liberova, Diana: Was verstehen wir unter „Integration“?, in: Nürnberg interkulturell. Zeitung des Integrationsrates, Juli 2011.

Auf eine weitere Schwierigkeit weist Liberova im o.g. Artikel hin:

*„Außerdem ist das Sprachniveau, das wir den Menschen bieten und auch verlangen zwar für den Einzelnen schwer zu erreichen, aber nicht ausreichend, um im gängigen ‚gesellschaftlichen‘ Sinne ‚keine Sprachprobleme‘ zu haben.“<sup>22</sup>*

Liberova schreibt weiter, sie höre oft von Erfahrungen, dass Menschen, die das geforderte Niveau B1 erreicht hätten, in Dialogsituationen gesagt bekämen, ihr Deutsch sei nicht ausreichend:

*„Da muss man sich fragen, ob die Gesellschaft überhaupt Ahnung davon hat, dass eine Kommunikation mit einem Menschen, der die Sprache auf dem Niveau B1 beherrscht, trotzdem Zeit, Geduld, Empathie voraussetzt.“<sup>23</sup>*

### **Handlungsempfehlungen:**

Gerade im Problemfeld Sprache sind komplexe und vielfältige Maßnahmen erforderlich, um hier Diskriminierungspotenzial vorzubeugen und eine gleichberechtigte Gesellschaft zu fördern. Der Integrationsrat empfiehlt:

*„Zuwanderinnen und Zuwanderer müssen alles daran setzen, um Deutsch zu lernen.“<sup>24</sup>*

Aber das sichert noch keine soziale Gerechtigkeit oder Partizipation, solange die Muttersprachlergesellschaft nicht bereit ist, Zwei- und Mehrsprachigkeit als Kompetenz, als soziale Ressource anzuerkennen, die die Gesellschaft bereichert, sondern geringere Sprachkenntnisse nur als Defizit behandelt. Ansonsten werden Sprachkurse und die Forderung nach dem Erlernen der Sprache zur Forderung nach Assimilation.

Neben den wichtigen Angeboten von niedrighwelligen Sprachkursen ohne Druck und mit Spaß, Vermittlung von alltagssprachlicher Kompetenz, Sprachförderung für alle Altersgruppen, besonders aber für Kleinkinder u.a., müssen v.a. Projekte in den Blickpunkt gerückt werden, die Zwei- und Mehrsprachigkeit fördern, diese als Grundlage haben und diese Kompetenzen in den Dienst einer diskriminierungsfreien Gesellschaft stellen.

- Es sollten verstärkt Projekte unterstützt werden, die mehrsprachig stattfinden und ihre Ergebnisse mehrsprachig präsentieren und zugänglich machen. Welche Möglichkeiten bieten hier neue Medien?

---

<sup>22</sup>A.a.O.

<sup>23</sup> A.a.O.

<sup>24</sup> „Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“; Erklärung des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung, 25.10.2010, <http://www.nuernberg.de/imperia/md/integration/dokumente/integration-gesamtgesellschaftliche-aufgabe.pdf> (Stand: 19.12.2011)

- Es sollten Projekte unterstützt werden, die die bisherige Arbeit und Praxis in den Einrichtungen um mehrsprachige Aspekte erweitern (Elternabende, Vorträge...).
- Es sollten Maßnahmen etabliert werden, die das Verständnis für Mehrsprachigkeit in der Mehrheitsbevölkerung fördern.
- ExpertInnen forderten in den Interviews auch „gemeinsame Aktionen und Programme, bei denen nicht die Sprache im Vordergrund steht“.

Mehrsprachige Projekte zeichnen sich des Weiteren dadurch aus, dass sie gemeinsam mit Menschen mit Migrationskultur entworfen und durchgeführt werden müssen. Dies verhindert eine Gefahr, die Integrationsbestrebungen oft innewohnt, und die Diana Liberova, Vorsitzende des Nürnberger Integrationsrates, wie folgt formuliert und die für alle Integrationsprojekte gilt:

*„Sieht man die oft in der Presse vorgestellten Beispiele der vermeintlich gelungenen Integration, so werden dort Menschen präsentiert, die der Mehrheitsbevölkerung am ähnlichsten erscheinen. Dabei streben wir an, eine Gesellschaft zu sein, die die Individualität hochhält. Aus meiner Sicht geht die Integration auch ohne die Auflösung der eigenen Individualität zu Gunsten einer so genannten ‚Leitkultur‘.“<sup>25</sup>*

Großes Augenmerk sollte bei allen Projekten auf die Gefahr der Homogenisierung aller Gruppen mit Migrationskultur gerichtet werden.

Der Mechanismus der Homogenisierung ist eine Problemlage, die gerade in der Praxis von Einrichtungen und Schulen zum Tragen kommt.

*„Man geht ja immer davon aus, dass Klassen mit einem hohen Migrationsanteil homogen sind, das stimmt ja so nicht, nur weil sie alle Migranten und benachteiligt sind.“*

Integrationsprogramme, Antidiskriminierungsstrategien und Programme „für die Migranten“ laufen oft Gefahr, auf Defizite als einheitliches Merkmal der von ihnen konstituierten Gruppe zu rekurrieren. Projekte müssen in den Fokus nehmen, dass Integrationsarbeit nicht nur vermeintliche Defizite auszugleichen hat, sondern Ressourcen fördern soll und Erfahrungen und Kompetenzen der ZuwandererInnen als Kapital für die gesellschaftliche Entwicklung nutzen muss.

Projekte, die die Selbstorganisation von MigrantInnen fördern, sind gerade im Bereich Integration geeignet, diese Ressourcen zu nutzen und Barrieren abzubauen und so eine Partizipation zu ermöglichen.

#### **2.1.4 Ethnische Segregations- und Hierarchisierungstendenzen**

Eine weitere Problemlage, die nach Meinung der Befragten eine diskriminierungsfreie Gesellschaft verhindert, ist die Trennung der

<sup>25</sup> Liberova, Diana: Was verstehen wir unter „Integration“?, in: Nürnberg interkulturell. Zeitung des Integrationsrates, Juli 2011.

Bevölkerungsgruppen. Die Mehrheitsgesellschaft trennt sich von den Menschen mit Zuwanderungsbiographie ab, aber auch Ethnien untereinander grenzen sich ab. In den Stadtteilen existieren, so die InterviewpartnerInnen, Parallelwelten und Ansätze zur Ghettobildung.

Nationalitäten als Schimpfwörter werden von allen Jugendlichen gegen alle verwendet.

Dabei geht es nach Aussage der ExpertInnen häufig um Konflikte, die ihre Ursachen in den Regelungen der Mehrheitsgesellschaft haben. Die Frage 'wer ist Deutscher, wer nicht' spielt in den von vielen ExpertInnen konstatierten Abgrenzungsbestrebungen zwischen türkischen und russischsprachigen BewohnerInnen eine Rolle.

Aber auch ein weiteres Phänomen, das seinen Ursprung in der Mehrheitsgesellschaft hat, schlägt auf die ethnischen Gruppen durch: die Hierarchisierung. So ist der Status einer MigrantIn, also ob er von der Mehrheitsgesellschaft als Flüchtling oder als „Gastarbeiterlandvertreter“ eingeordnet wird, wichtig für seine Position in der Gesellschaft. So erfahren nach Aussagen einiger ExpertInnen v.a. die AfrikanerInnen, die pauschalisiert als Flüchtlinge angesehen werden, die schlechteste Behandlung. Hinzu kommt natürlich die Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, die auch innerhalb von MigrantInnengruppen eine Rolle spielt.

Hier handelt es sich um Probleme, die sich in konkreten stadtteilbezogenen Programmen nicht ändern lassen, aber Aufklärungsarbeit und kurzfristige Programme für gegenseitige Toleranz notwendig machen.

## **2.2 Soziale und ökonomische Diskriminierung**

„Es ist kein Ort, an dem man bleibt“, so beschreibt ein Interviewpartner den Stadtteil Leonhard/Schweinau und eröffnet damit die Perspektive auf weitere Diskriminierungspotentiale, die zu räumlicher und sozialer Segregation in der Gesellschaft führen.

*Das Stadtbild ist leider sehr stark heruntergekommen. Man muss ganz ehrlich sein. Die Menschen, wenn sie schon älter sind, wenn sie nicht mehr erwerbstätig sind, wenn sie sehr viele Kinder haben, wenn sie alleinerziehend sind oder einen Migrationshintergrund haben und nicht hochqualifizierte Jobs haben, aus denen sie ein gutes Einkommen haben, die können auch nicht sehr viel Geld ausgeben und die Wirtschaft in Bewegung halten und das sieht man am ganzen Straßenbild: ein Geschäft nach dem anderen schließt...*

Diskriminierend auf seine BewohnerInnen wirkt sich der Ruf aus, den beide Stadtteile in Nürnberg haben. Es ist zum einen der Stadtteil im Ganzen, zum anderen sind es einzelne Straßenzüge, die für die für dort lebenden Menschen ein weiteres Diskriminierungspotenzial beinhalten - sei es auf der Suche nach einer neuen

Wohnung, sei es in der Schule, wenn man in einer bestimmten Straße wohnt, „von dort“ kommt, aber auch auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

„Ein Hauptschulabschluss aus Leonhard ist etwas anderes als ein Abschluss aus Erlenstegen“ erklärt eine InterviewpartnerIn, die Situation. Und auch die SchülerInnen haben verinnerlicht, dass sie eine „Loser-Schule“ besuchen.

Kinder und Jugendliche, die in den untersuchten Stadtteilen aufwachsen, haben geringere Chancen auf eine angemessene Bildung. Es fehlen finanzielle Ressourcen für Nachhilfe und Bildung. Viele Eltern sehen sich, nach Angaben der InterviewpartnerInnen, nicht in der Lage, ihre Kinder auf einem besseren Bildungsweg zu begleiten. „Viele hätten was auf dem Kasten, aber sie bräuchten ein bisschen mehr Unterstützung, aber die wird ihnen nicht gegeben.“

Eine gesellschaftliche Komponente bekommt diese Situation, wenn Kinder nicht in weiterführende Schulen eingeschult werden, weniger wegen ihrer Fähigkeiten, sondern weil aufgrund mangelnder Unterstützungsleistung vermutet wird, dass sie so eine Schule sowieso nicht schaffen. Mangelnde Erwartungen aus dem Elternhaus übertragen sich auf Lehrer, bzw. diese bekommen keinen Druck von den Eltern, Kinder zu fördern.

Die ExpertInnen berichten auch, dass Kinder in dieser Situation bereits einen gewissen Fatalismus entwickelt hätten, nach dem Motto „warum soll ich mich anstrengen, ich schaffe ja eh nicht mehr als einen Hauptschulabschluss“.

Auf diesem Gebiet haben viele Einrichtungen in den Stadtteilen wichtige Aufgaben der (kostenlosen) Bildung und Unterstützung übernommen, um Defizite auszugleichen. Das ist eine Arbeit, die verstärkt und ausgebaut werden muss.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die prekäre wirtschaftliche Lage weiter Teile der Bevölkerung in beiden Stadtteilen behindern aber nicht nur Kinder auf ihrem Bildungsweg. Es fehlen Mittel und Ressourcen für eine Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben für alle Altersgruppen. Die fehlende Arbeit führt häufig zu einem gesellschaftlichen Abstieg und der Gefahr, Diskriminierungserfahrungen zu machen, zum Beispiel, dass man „von Nachbarn gemieden“ wird, wie eine InterviewpartnerIn anmerkt. Konkret fehle es im Stadtteil an Arbeitsplätzen ohne Ausbildung und an Wohnort-nahen Ausbildungsplätzen.

Auch Einrichtungen spüren den ökonomischen Druck, die stärker werdende Segregation in Arm und Reich. Manche verstehen sich quasi nur noch als Feuerwehr, die das Schlimmste versucht aufzufangen. Einige haben in den letzten Jahren ihr Programm von Freizeit- und Kulturangeboten weg zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten geändert.

*„Bei uns hat sich die ganze Arbeit verändert hin zu Bildungsarbeit. Ich hätte gar nicht die Zeit Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Diskriminierung zu machen. Das hat sich stark verändert bei uns.“*

## Handlungsempfehlungen:

*„Wenn der Stadtteil nicht verkommen soll, muss in Bildung investiert werden: kleine Klassen, Sprachförderung, ... aber das ist schon lange bekannt“.*

Bei Handlungsempfehlungen im Bereich Bildung stehen Kinder und Jugendliche im Vordergrund, allerdings dürfen Erwachsene nicht vergessen werden, da Bildungsangebote auch für sie ein Weg zu mehr Teilhabe und besseren Zukunftsperspektiven sein können. Außerdem führt eine Investition in die Bildung der Eltern häufig auch zu besseren Chancen für die Kinder:

*„Kompetente Eltern können ihre Kinder besser unterstützen, die Schulbildung der Kids wird dann verbessert.“*

- kostenlose (kostengünstige) Nachhilfeangebote verstärken, diese auf verschiedene Zielgruppen abstimmen
- Betreuungsmöglichkeiten nach der Schule
- Projekte, die dem Fatalismus entgegenwirken, Kinder stärken und motivieren
- Aktionen, die eine positive Identifizierung mit dem Stadtteil schaffen
- mehr Öffentlichkeitsarbeit, die zeigt, „dass wir ein bunter Stadtteil sind“
- stadtteilnahe Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten

## 2.3 Geschlechtsspezifische Diskriminierung - Ausblick

Neben den hier ausführlich dargestellten Diskriminierungspotenzialen (ethnisch, sozial und ökonomisch) wurden von den ExpertInnen weitere Potenziale genannt:

- geschlechtsspezifische Diskriminierung
- Diskriminierung aufgrund des Alters
- Bodyismus
- Behindertenfeindlichkeit
- Diskriminierung aufgrund psychischer Erkrankung
- Antisemitismus
- Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung

Dies waren häufige Nennungen, die als Einzelnennungen von Einrichtungen kamen, welche mit der entsprechenden Zielgruppe arbeiten.

Mittelfristig wäre hier eine Strategie vonnöten, die Einrichtungen mit dem Ziel vernetzt, ein allgemeines Bewusstsein für weitere Diskriminierungspotenziale und Diskriminierungskontexte zu schaffen, die in einer sich ständig verändernden Gesellschaft (Alter, Zuzug) auftreten.

Langfristig könnte so das Bewusstsein für Mechanismen der Mehrfachdiskriminierung sowie der Intersektionalität, durch so ein Netzwerk verstärkt

in den Blick genommen werden. Auch Projekte der Fortbildung wären in diesem Bereich wichtig, da einfache Erklärungsmuster häufig zu kurz greifen und entsprechende Projekte geringere Wirkung entfalten.

Das Bewusstsein, dass sich Mehrfachdiskriminierungen nicht nur in einer Person addieren, sondern zu eigenständigen Diskriminierungserfahrungen führen, muss im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit und Menschenrechtsbildung verankert werden.

Als von geschlechtsspezifischer Diskriminierung Betroffene wurden in den Interviews meist Frauen und Mädchen mit Migrationskultur genannt. V.a. Frauen und Mädchen aus dem islamischen Kulturkreis werden von der Mehrheitsbevölkerung häufig als von ihrer Gruppe Diskriminierte angesehen. Aus der Perspektive der Frauen äußert sich das häufig anders. Kopftuch oder Tschador tragende Frauen, so eine InterviewpartnerIn, beklagen häufig, dass ihnen von vornherein diskriminierendes Verhalten aufgrund ihrer Kleidung entgegengebracht wird.

Letztendlich liegen die Diskriminierungskontexte für geschlechtsspezifische Diskriminierung in allen Lebensbereichen von Wohnung über Beruf, Alltag und Freizeit:

*„Als Frau muss man immer doppelte Anstrengungen unternehmen.“*

*„Als Frau im Beruf muss man sich mehr durchsetzen, selbst im sozialen Bereich. Man wird belächelt, dir werden bestimmte Positionen nicht angeboten, weil man Kinder bekommen könnte oder sich um Eltern kümmern muss.“*

Viele Mädchen, so eine InterviewpartnerIn, haben auch ein negatives Leitbild der Eltern übernommen und haben keine Motivation hinsichtlich einer guten Schulausbildung, da ihre vorherbestimmte Perspektive eher in einer Heirat liegt als in einer eigenständigen Berufskarriere.

Das von den Medien transportierte Schönheitsideal ist nach wie vor ein wichtiger Punkt, der zur Diskriminierung von Mädchen führt, die diesem Bild nicht entsprechen.

Gerade am Beispiel Frauen lassen sich die oben genannten Mechanismen der Intersektionalität gut darstellen.

So weisen einige ExpertInnen darauf hin, dass viele Frauen mit Zuzugsbiographie mit einem sehr hohen Ausbildungsstandard nach Deutschland kämen, hier aber keine Arbeit fänden, weil ihre Ausbildung nicht anerkannt wird. Die Perspektiven, die ihnen von der Mehrheitsgesellschaft zugewiesen werden, sind klassische, schlecht bezahlte Frauen-Jobs in Seniorenheimen bzw. in der Pflege. Häufig wird diese Perspektive auch noch als Chance verkauft mit dem Hinweis, dass sie als muttersprachliche Ansprechpartnerinnen in diesem Beruf gute Chancen hätten.



## Handlungsempfehlungen:

- Intersektionale Projekte, die Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nehmen
- Projekte der Selbstorganisation von Betroffenen, um die spezifische Diskriminierungserfahrung einbringen zu können
- Die ExpertInnen empfehlen nach wie vor Projekte, die Schutz- und Freiräume für Mädchen und Frauen schaffen
- Bildungsangebote für Frauen forcieren
- Frauen und Mädchen in ihrer Persönlichkeit stärken
- Frauen gelten aber auch vielfach als Schnittstelle zwischen verschiedenen Gruppen, Kulturen und Einrichtungen und Programmen. „Man muss die Frauen ins Boot bekommen, wenn man Veränderungen erzielen will“, äußerte eine ExpertIn.
- Aktionen, die Mädchen und Jungen ermutigen, Rollenverhalten abzulegen

## 2.4 Potenziale in den Stadtteilen und den Einrichtungen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass vieles, was als Problem oder Diskriminierungspotenzial benannt wurde, von den ExpertInnen auch als Potenzial beschrieben wird. Sei es das „bunte Miteinander“, die „gute Stimmung“, das „Funktionieren der Kulturen neben- und miteinander“ sowie die „Vielfalt der Menschen“. Das Potenzial liegt in den BewohnerInnen, „jedem Einzelnen der Zielgruppe“, die gegenseitige „Unterstützungsbereitschaft“ sei hoch und in den Stadtteilen wird „aktiv gelebt“. Es gibt, so meint eine InterviewpartnerIn,

*„Anknüpfungspunkte, bei denen immer wieder etwas Neues in Form von Angeboten, gemeinschaftlichen Aktivitäten, Impulsen entstünde.“*

Viele Einrichtungen arbeiten in verschiedenster Weise zum Thema Antidiskriminierung, bzw. sind Anlauf- und Beratungspunkte im Falle von Diskriminierung.

Beide Stadtteile vermitteln durch ihre Einrichtungen hohe Kompetenz und Bewusstsein für die Probleme. Die Aktionen sind vielfältig und reichen von Ausstellungen, Festen, Tage der offenen Tür, Übersetzungsdiensten, Nachhilfeangeboten, Fortbildungen für MitarbeiterInnen, Infoständen, Anti-Mobbing-Trainings bis zu Filmprojekten, Interkulturellen Trainings, Aktionen, die Mädchen und Jungs ermutigen Rollenverhalten abzulegen, Sozialtrainings usw.

Vieles ist bereits im Stadtteil und seinen Einrichtungen angelegt, müsste aber nach Aussage der ExpertInnen verstärkt werden und eine langfristige Planungssicherheit bzw. Perspektive bekommen. Häufig wird beklagt, dass gute Ideen und Planungen durch MitarbeiterInnen der Einrichtungen vorhanden seien, vieles aber am Geld und an der Zeit scheitere.

Als Potenziale werden die vorhandene Vernetzung, bestehende Bündnisse und die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen aufgeführt, wobei auch hier Verbesserungsbedarf im Dialog zwischen den Institutionen gesehen wird.

Der persönliche Kontakt und gute Zugang zur Zielgruppe, der vieles auffängt und ermöglicht, in Diskussionen Anstöße leisten kann, wird genannt. Durch die häufig langjährige Arbeit vor Ort, wird die Hemmschwelle als sehr niedrig bezeichnet. Es sei v.a. die tägliche Arbeit, die viel bewirkt. Aber gerade hier fehlt es häufig den Einrichtungen auch an Personal mit Zuwanderungsbiographie, MitarbeiterInnen, Ehrenamtlichen, z.B. „um in konkreten Fällen von Diskriminierung nachforschen und eingreifen zu können“, „um dem Einzelnen wirklich gerecht zu werden“.

Einrichtungen bieten angstfreie Räume und Entwicklungsmöglichkeiten.

Allerdings herrschen auch Wissensdefizite. Es sind immer noch zu viele, welche die Angebote nicht kennen.

Als wichtigste **Handlungsempfehlung** muss hier genannt werden, dass Projekte gefördert werden sollten, welche

- die Arbeit verstetigen,
- den langfristigen Ausbau von Strukturen fördern und
- langfristige Angebote ermöglichen.

## 2.5. Zusammenfassung

Diskriminierungspotenzial Nummer eins: „ethnische Herkunft“

Es folgen soziale und ökonomische Diskriminierung sowie geschlechtsspezifische Diskriminierung.

### 1) Diskriminierung aufgrund der „ethnischen Herkunft“:

1a) Ämter und Behörden:

- Diskriminierendes Menschenbild, das von Betrugsabsicht ausgeht
- Individuelles, diskriminierendes Verhalten von SachbearbeiterInnen
- Menschen mit Zuwanderungsbiographie kennen ihre Rechte nicht

#### Handlungsempfehlungen:

- Sensibilisierung der MitarbeiterInnen von Ämtern und Behörden
- Aufklärung der KundInnen über ihre Rechte
- Stärkung von Strukturen vor Ort als Anlaufstellen bei Diskriminierung, Ausbau des Angebotes (mehrsprachig, Schulung von MitarbeiterInnen) in diesem Bereich.

1b) Alltagsrassismus:

- Einstellungen und Haltungen, die „Stimmung im Stadtteil“
- Abschottung der Mehrheitsgesellschaft
- Mehr oder minder manifeste Fremdenfeindlichkeit
- „Es macht sich fest am anders aussehen“
- Alltagsrassismus ist umfassend, geschieht durch Bekannte, in allen Lagen
- Internalisierung des „anders seins“ durch Betroffene

Ursachen des Alltagsrassismus:

- Langjährige Veränderungen im Stadtteil
- Vorurteile und Schubladendenken
- Neid
- Soziale Probleme

#### Handlungsempfehlungen:

- gemeinsame Aktivitäten, die das Gemeinschaftsgefühl stärken
- Etablierung einer Anerkennungskultur
- Maßnahmen, die ein Klima der Solidarität im Stadtteil weiter befördern
- Projekte, die positive Perspektiven und Möglichkeiten der Teilhabe vermitteln

1c) Sprache:

Kein anderes Thema ist so eng mit dem Begriff Integration verbunden wie der Komplex Sprache und Spracherwerb.

- Spracherwerb und die Sprachkompetenz von älteren MigrantInnen wird als nicht ausreichend empfunden

- Grund: keine Motivation zum Spracherwerb und nicht vorhandene Angebote
- Mangelnde Sprachkenntnisse als ein Grund für Mobbing

Aber Spracherwerb sichert noch keine soziale Gerechtigkeit oder Partizipation, solange die MuttersprachlerInnengesellschaft nicht bereit ist, Zwei- und Mehrsprachigkeit als Kompetenz und als soziale Ressource anzuerkennen, die die Gesellschaft bereichert, sondern geringe Sprachkenntnisse als Defizit behandelt.

#### **Handlungsempfehlungen:**

- Sprachförderung für alle Altersgruppen, besonders aber für Kinder
- niedrigschwellige Sprachkurse ohne Druck, Erwerb von alltagssprachlicher Kompetenz
- Projekte, die mehrsprachig stattfinden und ihre Ergebnisse mehrsprachig präsentieren und zugänglich machen.
- Projekte, die die bisherige Arbeit und Praxis in den Einrichtungen um mehrsprachige Aspekte erweitern (Elternabende, Vorträge...).
- Maßnahmen, die das Verständnis für Mehrsprachigkeit fördern.
- „Gemeinsame Aktionen und Programme, bei denen nicht die Sprache im Vordergrund steht“, so eine Empfehlung aus einem Interview.

#### **2) Soziale und ökonomische Diskriminierung:**

„Es ist kein Ort, an dem man bleibt“, so beschreibt ein Interviewpartner den Stadtteil Leonhard/Schweinau und eröffnet damit die Perspektive auf weitere Diskriminierungspotentiale, die zu räumlicher und sozialer Segregation in der Gesellschaft führen.

- Verminderte Chancen auf angemessene Bildung
- Verminderte Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

#### **Handlungsempfehlungen:**

- kostenlose (kostengünstige) Nachhilfeangebote verstärken und diese auf verschiedene Zielgruppen abstimmen
- Betreuungsmöglichkeiten nach der Schule anbieten
- Projekte, die Fatalismus entgegenwirken
- Kinder stärken und motivieren
- Aktionen, die eine positive Identifizierung mit dem Stadtteil schaffen
- mehr Öffentlichkeitsarbeit, die zeigt, „dass wir ein bunter Stadtteil sind“
- stadtteilnahe Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten

#### **3) Geschlechtsspezifische Diskriminierung:**

- trifft Frauen mit Migrationshintergrund doppelt
- findet in allen Bereichen statt
- Intersektionalität als wichtige Strategie gegen Diskriminierung

#### **Handlungsempfehlungen:**

- Intersektionale Projekte, die Mehrfachdiskriminierungen in den Fokus rücken
- Projekte der Selbstorganisation von Betroffenen fördern
- Projekte, die Schutz- und Freiräume für Mädchen und Frauen schaffen
- Bildungsangebote für Frauen forcieren
- Frauen und Mädchen in ihrer Persönlichkeit stärken
- Aktionen, die Mädchen und Jungen ermutigen, Rollenverhalten abzulegen

*„Das größte Problem ist es, die Information an die Zielgruppe zu bringen.“*

### **3. Einrichtungen und Hilfsangebote in der Stadt Nürnberg**

Mit zwei Fragen wurde das Wissen um bestehende Angebote in der Stadt Nürnberg abgefragt. Es wurde zum einen der Bekanntheitsgrad von „Einrichtungen/Institutionen der Antidiskriminierungsarbeit“ ermittelt, zum anderen der „Bekanntheitsgrad von Beratungs- und Hilfeangeboten bei Diskriminierung“.

Hier interessierte bei der Auswertung natürlich, inwieweit die Zielgruppe bestehende Beratungsangebote kennt und wie sie diese nutzt.

#### **3.1 Beratungs- und Hilfeangebote:**

##### **Zielgruppe**

Hier wurden die Befragten gebeten, die Frage nach dem Bekanntheitsgrad der Einrichtungen und Angebote auf einer Zweischnitt-Skala von 1 bis 10 zu beantworten. 19 Befragte gaben eine Einschätzung über den Bekanntheitsgrad bei ihrer Zielgruppe ab.

18 Antworten lagen in der unteren Hälfte bis zum Wert 5. Nur eine ExpertIn votierte mit 9. Betrachtet man diese untere Hälfte, so liegen hier die meisten Nennungen zwischen 0 und 2 (bei elf Nennungen).

Auch die Aussagen der ExpertInnen, die sich nicht anhand der Skala äußerten, sondern qualitative Statements abgaben, lassen sich hauptsächlich im negativen Bereich ansiedeln und folgendermaßen generalisieren:

- Keine
- Eher nicht
- Nur punktuell

Exemplarisch seien hier zwei Aussagen zitiert, die das allgemeine Bild recht gut widerspiegeln:

*„Sie gehen nur dahin, wo ihnen jemand persönlich bekannt ist. Im Notfall sind sie relativ hilflos und wenden sich an den nächsten Bekannten, der ihnen weiterhelfen und sie möglichst begleiten soll.“*

*“Wichtigste Anlaufstellen sind die Ansprechpartner und Sozialarbeiter in der Einrichtung vor Ort.“*

An Einrichtungen, die der Zielgruppe bekannt sind wurden folgende genannt:

- AWO
- Ämter
- Polizei
- Kulturläden
- Menschenrechtsbüro
- Stadtmission
- Stadtteilbüro
- Jugendtreffs

Die oben beschriebenen Beobachtungen ziehen sich durch alle Zielgruppen hindurch.

Aus den Aussagen zur Frage wie die Zielgruppe Einrichtungen nutzt, zeigt sich eindeutig das Bild, dass selbst wenn andere Einrichtungen bekannt sind, die Zielgruppe „ihre Einrichtung“ vor Ort als erste Anlaufstelle nutzt. Die Zielgruppe wendet sich „mit allen möglichen Problemen“ an die Einrichtung, sie kommen „zu bekannten Ansprechpartnern“, „Voraussetzung ist der persönliche Kontakt, dann kann professionelle Hilfe in Anspruch genommen werden“, auch die Angst vor offiziellen Stellen oder die Angst vor rechtlichen Nachteilen wird formuliert. An anderer Stelle im Interview wurde auch kritisiert, dass viele Angebote nicht an der Zielgruppe orientiert seien, nicht niedrigschwellig seien und oft wegen Sprachbarrieren nicht genutzt werden könnten.

### **ExpertInnen**

Aus der Befragung der ExpertInnen ergibt sich das Bild, dass die Einrichtungen in Nürnberg gut bekannt sind.

Allerdings gaben sieben von 18 Befragten ihren Kenntnisstand zu den Hilfsangeboten nur mit 1 oder 2 an. Die inhaltlich gemachten Aussagen gruppieren sich im Kern um die Aussage:

*„Die Wege zur Informationsbeschaffung sind bekannt und man könnte jeden Hilfesuchenden im Haus dabei unterstützen.“*

### **3.2 Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit**

Auch die Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit sind den meisten Zielgruppen - wenn überhaupt – dann nur durch Vermittlung bekannt.

Außerdem antworteten elf Befragte auf diese Frage eindeutig mit nein, die Zielgruppe kenne keine Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit.

An konkreten Einrichtungen (ohne Eigennennung), die der Zielgruppe bekannt sein könnten, wurden genannt:

- Menschenrechtsbüro
- Integrationsrat
- Kofiza
- Stadtteilläden

Bei den **ExpertInnen** zeigt sich zum Bekanntheitsgrad der Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit ein ähnlich positives Bild wie bei den Beratungsangeboten.<sup>26</sup>

### **Handlungsempfehlungen:**

Einrichtungen vor Ort kommt also eine wichtige Scharnierfunktion zu, v.a. dort, wo sie nicht selber beraten oder informieren. Sie sind die Multiplikatoren für gesamtstädtische Angebote und „offizielle“ Stellen.

Gleichzeitig sind sie aufgrund des persönlichen Kontaktes und Vertrauens Anlaufstelle für eine „Erstberatung“ und für weiterführende Hilfestellungen. Diese Doppelfunktion gilt es zu erhalten, zu stärken und auszubauen.

Darüber hinaus müssen Konzepte erarbeitet werden, um die bestehenden Angebote der Zielgruppe besser bekannt zu machen, Hemmschwellen abzubauen und die Zielgruppe zur Nutzung anzuregen.

- Beratung, die nicht problemzentriert ist, sondern als offenes Angebot im Rahmen von Treffpunkten, Cafés und Anlaufstellen besteht.
- Beratungsprojekte der Selbstorganisation, von Arbeitslosen, MigrantInnen..., um Hemmschwellen abzubauen
- Beratungsangebote, die das Mediennutzungsverhalten der Zielgruppe berücksichtigen und/oder neue Wege gehen, um die Zielgruppe zur Nutzung anzuregen
- Information der MitarbeiterInnen über bestehende Angebote
- Vernetzung der Beratungseinrichtungen

### **3.3 Vernetzung**

Auf die Frage ob sich die befragten Einrichtungen an einem Netzwerk zur Menschenrechtsbildung/Arbeit gegen Diskriminierung beteiligen würden, antworteten 24 Befragte mit ja, acht mit nein, drei der Befragten äußerten sich unentschlossen.

Die genannten Gründe für eine Ablehnung waren: Kapazitäten- und Zeitmangel, aber auch der Verweis auf bestehende Netzwerke, die Befürchtung man verzettelte sich in Netzwerkarbeit. Es wurde gefordert, ein Netzwerk müsse ergebnisorientiert und ressourcenschonend arbeiten, die Betroffenen mit einbezogen werden. Es wurden auch Befürchtungen geäußert, dass eine übergeordnete Struktur oder ein Netzwerk der konkreten Alltagsarbeit im Stadtteil nicht dienlich wäre.

<sup>26</sup> Zu den von den ExpertInnen genannten Einrichtungen, siehe Liste im Anhang

Die Angebote zur Mitarbeit im Netzwerk hingegen sind sehr vielseitig und konkret: Räume zur Verfügung stellen, Ansprechpartner definieren, Teilnahme an Veranstaltungen und Aktionen aber auch der Wunsch nach Fallarbeit und einem „Runden Tisch zur Projektentwicklung“ wurde geäußert.

Ein zu etablierendes Netzwerk zur Menschenrechtsbildung/Arbeit gegen Diskriminierung muss also ein deutliches inhaltliches Profil entwickeln, eruieren, wo Leerstellen in der bestehenden Netzwerkarbeit existieren.

Ein Hinweis auf einen möglichen Fokus eines solchen Netzwerkes findet sich in den Antworten auf die Frage, ob den ExpertInnen Ansätze der Menschenrechtsbildung und der Arbeit gegen Diskriminierung bekannt seien.

Hier antworteten die meisten Befragten unter Nennung von Strategien aus dem Bereich der praktischen Antidiskriminierungsarbeit (10-Punkte Charta gegen Diskriminierung, gewaltfreie Kommunikation, Gesprächsführungstrainings, Selbstbehauptungstraining, Sozialtraining, soziales Lernen, Gewaltprävention, Anti-Mobbingstrategien usw.).

Auch die Arbeit in den Einrichtungen ist häufig von alltäglichen Anforderungen der Beratung, der Hilfestellung, der Intervention und von praktischer Antidiskriminierungsarbeit gekennzeichnet.

Methoden, Inhalte und Chancen der Menschenrechtsbildung als Instrument auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Gesellschaft müssen noch stärker etabliert werden. Hier könnte ein solches Netzwerk ansetzen. Neben dem Erfahrungsaustausch und Synergieeffekten wären Fortbildungen für MultiplikatorInnen zum Thema wichtig.

Des Weiteren müssen die bestehenden Angebote der Menschenrechtsbildung in Nürnberg bekannter gemacht werden, ihre Qualität als „zentrales Instrument für den Erwerb der Fähigkeit sich für seine eigenen und die Rechte anderer einzusetzen“ herausgearbeitet werden und Projekte auf den Weg gebracht werden, die die Menschenrechtsbildung als langfristige Praxis in den bestehenden Strukturen vor Ort verstärken.

Projekte, Materialien, Akteure und Inhalte einer lokalen Menschenrechtsbildung sollten der interessierten Öffentlichkeit, aber auch den in der Antidiskriminierungsarbeit Aktiven, in geeigneter Weise präsentiert und zugänglich gemacht werden, um dem Anspruch Nürnbergs als Stadt der Menschenrechte auch eine große Breitenwirkung zu verschaffen.



### **3.4 Zusammenfassung**

Fragestellung: Inwieweit sind die bestehenden Angebote bekannt und wie werden diese genutzt.

Ergebnisse:

- Beratungs- und Hilfsangebote sind den Zielgruppen „eher nicht“ bekannt
- Genutzt werden von den Zielgruppen vorrangig Strukturen vor Ort, „bekannte Ansprechpartnern“ bzw. ein „persönlicher Kontakt“ sind Voraussetzungen für ein Hilfeersuchen.
- Auch die Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit sind den meisten Zielgruppen - wenn überhaupt – dann nur durch Vermittlung bekannt.
- Allerdings fehlt ein geschärftes Profil für den Bereich der Antidiskriminierungsarbeit und Menschenrechtsbildung in „Abgrenzung“ zu konkreten Beratungsangeboten.
- Über 50% der Befragten äußerten sich positiv zur Frage eines Netzwerkes zur Menschenrechtsbildung.

#### **Handlungsempfehlungen:**

- Beratung, die nicht problemzentriert ist, sondern als offenes Angebot im Rahmen von Treffpunkten, Cafés und Anlaufstellen besteht.
- Beratungsprojekte der Selbstorganisation, von Arbeitslosen, MigrantInnen..., um Hemmschwellen abzubauen
- Beratungsangebote, die das Mediennutzungsverhalten der Zielgruppe berücksichtigen und/oder neue Wege gehen, um die Zielgruppe zur Nutzung anzuregen
- Information der MitarbeiterInnen über bestehende Angebote
- Vernetzung der Beratungseinrichtungen

„Was die Medien sagen, ist nicht hundertprozentig wahr.“

## 4. Die Medien

### 4.1. Ergebnisse

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ExpertInnen den Medien eher kritisch gegenüber stehen, bzw. deren Arbeit kritisch bewerten.

Die überregionalen Medien schneiden im Ranking, ob Diskriminierung ein Thema ist, besser ab als die lokalen Medien. Bei den überregionalen Medien gruppieren sich die Ergebnisse beinahe gleichwertig verteilt um die Werte 4 bis 8. Die lokalen Medien hingegen streuen stärker zwischen 2 und 8.

Die Kritik wird anhand der Bereiche Wie und Wann äußern sich die Medien zum Thema Diskriminierung geäußert:

Folgende Zitate stehen stellvertretend für mehrfach im selben Sinne geäußerte Kritik:

*„Die Information könnte besser sein. Übergriffe kommen in die Presse, die still geleistete Arbeit wird nicht honoriert bzw. wird nicht darüber berichtet.“*

*„In den Medien erscheint nichts, was sich positiv entwickelt. Die Berichterstattung ist gefärbt, gesteuert und geglättet oder schlecht recherchiert.“*

Es wird kritisiert, dass nur plakative, spektakuläre Fälle die Aufmerksamkeit der Medien finden, dass darüber dann in Standardsätzen berichtet wird und eine differenzierte Auseinandersetzung nicht stattfindet. Die Aufmachung und die Auflage stünden im Vordergrund, nicht der Inhalt und die Information.

Fünf ExpertInnen äußerten die Meinung, dass die Medien selbst diskriminierend wirken, v.a. dann, wenn die Nationalität herausgestellt wird.

Auch die Schnellebigkeit von Themen wird von den ExpertInnen kritisiert.

Die einzigen positiven Äußerungen gab es zu Themenabenden bei Arte, Hintergrundberichten in der taz und den NN, zur Publikation von Alltagsgeschichten in den NN und dazu, dass die Serie tatort neue Themen aufgreife.

Die Berichterstattung an sich nutzen die Experten wenig in ihrer Arbeit. Allerdings haben Ereignisse, die medial Wellen schlagen, wie etwa die Sarazin-Debatte oder die Diskussion „Multi-Kulti ist tot“, Auswirkungen auf die Arbeit der Experten. Solche Themen werden in die Einrichtung getragen und führen zu Diskussionen oder Gesprächsbedarf, werden in Arbeitskreisen diskutiert. Eine ExpertIn merkte an, dass auch Kinder diese Themen, die „die Nummer eins sind“ mitbekommen und hier großen Erklärungsbedarf hätten.

Im Fokus der ExpertInnen stehen beim Thema Medien v.a. Zeitung und Fernsehen. Neue Medien wurden nicht weiter kritisch beleuchtet, was vermutlich mit dem Alter der Befragten zusammenhängt: 27 der Befragten waren über 40 Jahre und älter.

Auch wenn es nicht direktes Interviewthema war, ist auffällig, dass lediglich eine Einrichtung (Zielgruppe Kinder/Jugendliche) angab, selber schon das Thema Diskriminierung medial in Form eines Filmprojektes aufbereitet zu haben.

### **Handlungsempfehlungen:**

- Projekte, die sich kritisch mit Neuen Medien und neuen Kommunikationsformen auseinandersetzen, z.B. den sozialen Netzwerken. Hier Diskriminierungspotential aufzeigen, rechte Tendenzen beleuchten und Jugendliche im Umgang schulen
- Medienprojekte von Zielgruppen, die Lücken in der Berichterstattung schließen
- Projekte, die in Zusammenarbeit mit den lokalen Medien arbeiten

## **4.2. Zusammenfassung**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ExpertInnen den Medien eher kritisch gegenüber stehen, bzw. deren Arbeit kritisch bewerten.

Ergebnisse:

- nur plakative, spektakuläre Fälle gelangen in die Medien
- Berichterstattung in Standardsätzen
- keine differenzierte Auseinandersetzung
- Aufmachung und Auflage im Vordergrund, nicht Inhalt und Information
- Medien wirken diskriminierend
- Schnelllebigkeit von Themen wird kritisiert

Die Berichterstattung wird in der Arbeit der Einrichtungen wenig genutzt. Ereignisse, die medial Wellen schlagen, haben aber Auswirkungen auf die Arbeit. Sie führen zu Diskussionen oder Gesprächsbedarf, auch Kinder haben hier Erklärungsbedarf.

### **Handlungsempfehlungen:**

- Projekte, die sich kritisch mit Neuen Medien und neuen Kommunikationsformen auseinandersetzen, z.B. den sozialen Netzwerken. Hier Diskriminierungspotential aufzeigen, rechte Tendenzen beleuchten und Jugendliche im Umgang schulen
- Medienprojekte von Zielgruppen, die Lücken in der Berichterstattung schließen
- Projekte, die in Zusammenarbeit mit den lokalen Medien arbeiten

## **Anhang**

### **Liste der von den InterviewpartnerInnen genannten Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit in Nürnberg**

Ämter (Sozialamt, Jugendamt, Asylberatung etc.)

ASD

Aura

AWO

Behindertenbeauftragte

Beratungshotline Menschenrechtsbüro

Berufsschulen

BFZ

Bildungsbüro

Frauenbüro

Gewerkschaft

Handwerkskammer

Integrationsbeirat

Jugendamt

Kirchen

KJW

Kulturläden

Mädchenzentrum

NOA

Parteien

Polizei

Schulpsychologischer Dienst

Stadtmission

Stadtteilbüro

Stadtseniorenrat

Vertrauenslehrer in Schulen

Wildwasser